

Michalitsch zur EU-Osterweiterung: "Neuausrichtung der Regionalpolitik wird notwendig"

St. Pölten (OTS) - Eine Osterweiterung der EU müsse aus österreichischer Sicht gut ausverhandelt werden. Die Hauptforderung dabei muß die Neuausrichtung der EU-Regionalpolitik sein, stellte der Europaspreecher der NÖVP, LAbg. Martin Michalitsch fest.

"Bei der EU-Regionalpolitik wäre gerade für Österreich eine Neuausrichtung zur Unterstützung der Grenzgebiete zu den mittel- und osteuropäischen Ländern wichtig. Der grenznahe Raum lag früher an einer toten Grenze, und einige Sektoren leiden jetzt unter dem Wettbewerbsunterschied zu den Nachbarn im Osten. Mit der EU-Erweiterung könnten hier Sondermaßnahmen zur Unterstützung der Anpassungsprozesse in der Ostregion eingeführt werden, wie zum Beispiel Infrastrukturmaßnahmen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern, Umschulungs- und Qualifikationsprogramme", so der Abgeordnete weiter.

"Schon vor der Erweiterung soll neben den Kategorien "alte Industriegebiete" und "strukturschwache ländliche Gebiete " auch die "EU-Ostgrenzregion" als besonders zu berücksichtigendes Zielgebiet für die Regionalpolitik der Europäischen Union definiert werden. Damit soll die EU-Ostgrenzregion schon vor der EU-Erweiterung weiter gestärkt werden, um den der Grenzöffnung folgenden Anpassungsprozeß gut bestehen zu können", erklärte Michalitsch.

Rückfragehinweis: NÖ Landtagsklub der ÖVP
Tel.: 02742/200-2455, -2456

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0013 1997-07-23/08:00

230800 Jul 97

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19970723_OTS0013